

# *Solidarität*

Nummer 134

Oktober 2017

*unsere Chance*

---

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV  
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) Web: <http://prosv.akis.at>

---



Es ist Zeit.

**HOL DIR,**

**WAS DIR ZUSTEHT.**



FAIRNESS.



**Wer's glaubt, wird sich  
wundern.**

Warum? Mehr dazu auf den folgenden Seiten ...

# Mit Sicherheit Wahlen gewinnen? Mit Sicherheit – gegen die Bevölkerung!

**Alle Parteien reden von „Schutz“, „Sicherheit“ und „Heimat“: Sie meinen dabei nicht die Gewährleistung der sozialen Sicherheit, also Schutz vor Arbeitslosigkeit, sinkenden Reallöhnen, Realpensionen, Betriebs-schließungen usw. Sie meinen nicht den Schutz der Heimat vor Landflucht und Infrastrukturausdünnung. Gerade die ÖVP-FPÖ-Regierung hat dazu beigetragen, die Nahversorgung und das Leben am Land zu vernichten, sodass Post, Banken, Polizei, Gerichte, Geschäfte am Land geschlossen wurden.**

## **Die Parteien machen auf „neu“, spielen „Bewegung“.**

In Wirklichkeit marschieren alle Parteien mehr oder weniger politisch nach rechts. Die einem im neoliberalen, die anderen im heimat-sozialen Mäntelchen.

Kurz eifert Haider nach, Strache ist schon rechts, Doskozil eifert Kurz und Strache nach, NEOS-Griss meinte schon im Bundespräsidenten-wahlkampf 2016 sinngemäß, „der Nationalsozialismus hätte nicht nur ein böses Gesicht gezeigt“. Der Kabarettist Düringer wiederum hat einen Antisemiten als Listenführer, Peter Pilz sieht in seinem Selbstverständnis als „Linker“ nicht in der Ungleichverteilung, in der Ausbeutung, sondern ähnlich wie Kurz und Strache im politischen Islam die Hauptgefahr und im Schlagwort „Heimat“ die Lösung. Die Grünen sind wie die anderen auch EU-hörig, haben mit Ulrike Lunacek eine der VizepräsidentInnen des EU-Parlaments zur Spitzenkandidatin.

Vom wirklichen Leben der Menschen sind diese Damen und Herren meilenweit entfernt, wollen uns aber weismachen, dass eine Wahl des/der einen oder des/der anderen uns für die Zukunft etwas Gutes bringen würde. In Wirklichkeit sind alle neoliberal bis offen rechts und der Profit-wirtschaft und nicht der Solidar-wirtschaft und Solidargesellschaft verpflichtet. Aber nur in einer Solidargesellschaft können die anstehenden sozialen, wirtschaft-lichen und ökologischen Probleme angegangen werden.

Für die Bewerbung der eigenen hochbezahlten Politzukunft im Interesse der neoliberalen Wirtschaft wenden die Parteien und ihre Spitzenkandidaten Millionen aus Steuergeldern auf. Darüber hinaus werden sie von Millionären oder Milliardären mit Hunderttausenden Euro direkt gesponsert. Zum Beispiel finanziert Strabag-Chef Haselsteiner die Neos oder zahlt der KTM-Chef rund eine halbe Million Euro an Kurz. So kaufen die G'stopften, wie schon in den USA üblich, immer offener die Politik.

Dass Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer auf Wirtschafts-programme der Parteien, vor allem von denen von Kurz-VP, FP und Neos, Einfluss nehmen, ist genauso bekannt, wie etwa auch der Einfluss auf die Schwarz-Blaue Landes-regierung in Oberösterreich.

Dabei geht es nicht um die Gestaltung einer guten Zukunft für alle, für die Millionen von Menschen in Österreich, sondern in Wirklichkeit darum, dass einige wenige Personen und Firmen weiter und noch mehr Millionen machen können.

Um davon abzulenken wird vor Wahlen so getan, als ob alle Parteien nur an den Wähler, an die Bevölkerung denken. Da wird auf einmal von der ewigen Blockierer-partei ÖVP (seit 31 Jahren ununterbrochen in der Regierung!) von „Gerechtigkeit“ gesprochen, heuchelt der Hetzer Strache plötzlich „Fairness“ oder gibt die SPÖ trotz ihres neoliberalen „Plan A“ vom Jänner 2017 vor, jetzt besonders für die „kleinen Leute“ zu sein. So kam

es, dass z.B. die Abschaffung des Pflegeregresses oder der „Beschäftigungsbonus“, die „Aktion 20.000“ oder durch die Sozialpartner ein Mindestlohn von 1.500 brutto/Monat bis 2020 beschlossen wurde. Die vorgesehene Mini-Pensionserhöhung um 1,6%, für Kleinstpensionisten auf Drängen der SPÖ um 2,2%, wurde – wahlbedingt – sogar mit Zustimmung der ÖVP beschlossen. Ganz ausgeblendet wird, dass allein in diesem Jahr viele weitere, schnell durchgepeitschte Gesetze vor allem Firmen und Unternehmern massive Erleichterungen und Förderungen gebracht haben. So bringt z.B. der Beschäftigungsbonus den Unterneh-mern 2 Milliarden Euro bis 2020.

Oder die „Bildungsreform“: sie zementiert den Einfluss der Landes-fürsten über „Bildungsdirektionen“ noch mehr ein, bringt aber für Schüler, Eltern und Lehrer keinen Fortschritt.

Doch wie schaut es für die Masse der Menschen im Land aus? Laut aktu-ellem AK-Arbeitsklimaindex kom-men 47 % (!) der Österreicher (Männer + Frauen), sogar 54 % der Frauen (!!), mit ihrem Einkommen nicht oder gerade noch aus. Der Reallohn ist seit 2010 nicht gestiegen!

## **Arbeit: Zu wenig zum Leben**

316.500 ganzjährig Vollzeit-beschäftigte verdienten im Jahr 2015 laut AK-OÖ weniger als 1.700 Euro brutto, zwei Drittel davon sogar weniger als 1.500 Euro brutto. Darüber hinaus gibt es 300.000 Teilzeit- oder nicht ganzjährige

Beschäftigte, die noch weniger verdienen. Wirtschaftsbosse, Manager und Politiker verdienen das 10- bis 40-fache im Monat. Zum Vergleich: Die offizielle Armutsgefährdungsgrenze liegt heuer bei 1.163 Euro netto monatlich für Einpersonenhaushalte. Die jetzt auf Druck der Stimmung in der Bevölkerung und vor den Wahlen beschlossene Mindest-Bruttolohnvereinbarung von 1.500 Euro brutto/Monat für alle bis 2020 ist da nur ein Tropfen auf den heißen Stein und in 4 Jahren von der Inflation längst aufgeessen, wie übrigens auch die Pensionserhöhungen.

Durch die rasante Automatisierung (Roboter) und Digitalisierung wird es in Zukunft noch weniger Arbeit und daher noch weniger Vollzeitarbeitsplätze geben, sollte es zu keiner wesentlichen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich kommen.

### **Bereits rund 1 Million Menschen in Österreich leben an der Armutsgrenze**

Besonders davon betroffen: Frauen und Kinder. Schon jetzt steigen die Zahlen der beschönigend und verschleiern so genannten „bedarfsorientierten“ Mindestsicherung, weil immer mehr arbeitslos werden und viele trotz Arbeit mit dem dafür bezahlten Gehalt oder Lohn kein Auskommen finden. Die Menschen müssen dafür die erniedrigende Prozedur der Beantragung der Mindestsicherung in Kauf nehmen, um wenigstens in Summe auf maximal 838,- Euro/Monat (für Alleinlebende) kommen zu können.

Doch die meisten Mindestsicherungsbezieher erhalten rund 300,- Euro, weil sie trotz bestehender und meist prekärer Arbeitsverhältnisse weniger als die Mindestsicherung erhalten. Es gibt halt bei rund 400.000 Arbeitslosen nur rund 60.000 offene Stellen. Trotz der gebetsmühlenartig vorgetragenen Behauptung „Wer arbeiten will, findet Arbeit“, ist da keine ordentliche Arbeit zu finden.



aus: Die Arbeit, 3/17

Der jüngst beschlossene „Beschäftigungsbonus“ (mit 2 Milliarden für die Unternehmer via Halbierung der Lohnnebenkosten aus dem Budget, also aus unseren Steuergeldern bezahlt) oder die „Aktion 20.000“ für Langzeitarbeitslose in Modellregionen vor allem in Gemeinden und gemeinnützigen Einrichtungen – bedeutet die Verbilligung der Arbeitskräfte für die Unternehmer und in der Folge weiteren Lohn- und Gehaltsdruck für alle Arbeitenden oder Arbeitssuchenden.

Vom so immer niedriger werdenden Lohn oder Gehalt wird man auch dann nicht „besser“ leben können, wenn unter dem Motto „Arbeiten muss sich lohnen“ die Mindestsicherung weiter gekürzt wird wie es vor allem Kurz, Strache und Neos und vor vorgehaltener Hand auch so manche SP-„Rechtsausleger“ verlangen.

Davon profitieren nicht die Arbeitenden, sondern die Unternehmer und Konzerne, die noch mehr aus den Arbeitern und Angestellten herausholen und noch mehr Gewinne zum Spekulieren ansammeln und somit letztlich zum Ruin der gesamten Volkswirtschaft verursachen.

Betriebsräte, Gewerkschaften und Arbeiterkammer müssen diese ungeheuerlichen Angriffe der Wirtschaft gemeinsam mit ihren Mitgliedern offensiv und aktiv bekämpfen!

### **Falsche Auswege**

Es gibt keinen Ausweg in der „Mitte“ oder „Halbrechts“ wie ihn SPÖ-Kanzler Kern mit seinem „Sicherheitsminister“ Doskozil jetzt geht. Dieser Weg der Anbiederung an die Scharfmacher in der Wirtschaft (noch mehr Liberalisierung bei Arbeitszeit, Gewerbe, Schulautonomie, Profitförderung) und ihre offenen Verbündeten Kurz, Strache (z.B. in der Frage der Armen, Arbeitslosen, Überwachung, Aufrüstung nach innen, Flüchtlinge) oder Neos (Abschaffung der Kammern, 12-Stunden-Tag usw.) beziehungsweise die Überlegungen zu einer künftigen ÖVP-FPÖ oder SPÖ-FPÖ-Koalition führen letztendlich schnurstracks nach rechts.

Sind auch die SPÖ-Spitzen tatsächlich bereit, für den bloßen Machterhalt die Drecksarbeit fürs Kapital, für Kurz und Strache, zu machen und dafür den arbeitenden Menschen großen Schaden zuzufügen?

Wer heute die von Industrie und ihren direkten politischen Vertretern ÖVP, FPÖ, NEOS forcierte und von der SPÖ mitgetragene Ausbeutung, Überwachung und Unterdrückung von Armen, Arbeitslosen, Ausländern oder Flüchtlingen durchführt oder duldet, kann morgen selbst Zielscheibe so einer hetzerischen Politik sein.

Die Verschärfung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts, die immer stärker werdenden Angriffe auf Kollektivverträge, Arbeitszeitgesetz, Gewerkschaften und Arbeiterkammern haben zum Ziel, die arbeitenden Menschen, die gesamte Bevölkerung einzuschüchtern, ja mundtot zu machen. Interessanterweise redet kaum keiner über die Ärzte-, Notariats-, Rechtsanwalts-, Wirtschaftstreuhand-, Apotheker- oder Landwirtschaftskammern.

Wer auf Schwarz-Blau oder Rot-Blau hofft, der schaue sich an, was solche Regierungen für nachhaltige Verschlechterungen für die arbeitenden Menschen gebracht haben:

Die Rot-Blaue Regierung 1983 – 1986 brachte z.B. den Beginn der Zerschlagung und des Ausverkaufs der Verstaatlichten Industrie oder die gewaltsame Auseinandersetzung um den Kraftwerksbau in der Hainburger Au.

Die ÖVP-FPÖ-Regierung zwischen 2000 – 2006 brachte den größten Pensionsraub der 2. Republik (bis zu 30% weniger Pension als davor), die Übernahme des Hauptverbandes der Sozialversicherungen durch die schwarzen Wirtschaftskammerer und Spitzenposten in der Sozialversicherung auch für die FP, die Totalprivatisierung der Verstaatlichten (weit unter dem tatsächlichen Wert und mit der Folge des Verlustes von weiteren Tausenden Arbeitsplätzen), die Zerschlagung der einheitlichen ÖBB usw.

Und in beiden Fällen haben die jeweils nachfolgenden „großen Koalitionen“ von Rot-Schwarz keine der massiven Verschlechterungen zurückgenommen, sondern fortgeführt und weitere hinzugefügt.

Mit dem Thema „Sicherheit“ wollen alle Parteien unter dem Deckmantel, uns vor Flüchtlingen zu schützen, die die größte Gefahr für uns wären, die Wahlen gewinnen. Doch die größte Gefahr sind vor allem die Banken, Konzerne oder Rüstungsindustrien, die durch Spekulation, Steuerflucht, Aufrüstung und Krieg zur Absicherung ihrer Profite erst das Elend heraufbeschwören, das dann die Politiker vorgeben, im Namen von „Schutz und Sicherheit“ beheben zu wollen.

### **Schutz und Sicherheit, Erhaltung der Heimat?**

Alle Parteien sind für die EU, für deren Militäraufrüstung. Die Neutralität, für die über 90% der Österreicher und Österreicherinnen sind, ist für alle Herrschenden bloß eine Hülle. Selbst die Teilnahme Österreichs an EU- und NATO geführten Militäreinsätze wie z.B. in Kosovo, Afghanistan, Mali, bei der EU-Frontex usw. werden als mit der Neutralität vereinbar hingestellt. Und die ach so EU-kritische und angeblich die Neutralität so hochhaltende FP ist seit dem Brexit sogar für die Atombewaffnung der EU!

Man sieht also: Mit Sicherheit wollen alle die Wahlen gewinnen, aber mit Sicherheit gegen uns!

### **Gerne würd' ich wählen gehen, aber wen?**

So oder ähnlich hört man es dieser Tage von vielen Menschen. Völlig berechtigt. Mehr Menschen denn je sind unentschlossen. Die Skepsis der Menschen ist spürbar. Die Etablierten in Wirtschaft und Parteien reden uns aber trotzdem ein, dass es erste Bürgerpflicht sei, wählen zu gehen. So sollen wir wieder ein schlechtes Gewissen haben, um doch wieder ein Kreuzerl zu machen und 5 Jahre Ruhe zu geben. Aber: Muss ich essen, was mir da vorgesetzt wird? Nicht oder „ungültig“ zu wählen ist nicht böse oder gar dumm, wie uns vermittelt wird, sondern bei d i e s e r „Auswahl“ hoch politisch. Bei der Wahl gibt es keine echte (Aus)Wahl.

Der Punkt ist: Wer bloß wählt und damit glaubt seinen oder ihren politischen Beitrag geleistet zu haben irrt genauso wie diejenigen, die bloß nicht wählen gehen und glauben, damit höchst kritisch zu sein. Es kommt darauf an was wir aktiv, selber und gemeinsam tun! Das ist unsere wirkliche Kraft und Chance! Damit haben wir z.B. Zwentendorf, generelle Gen-Lebensmittel oder auch ein Berufsheer verhindert. Durch aktiven Widerstand der arbeitenden Menschen wurde im Jahr 2001 auch die von Schwarz-Blau geplante Zerschlagung der Sozialversicherung gestoppt.

### **Kraft der Bevölkerung**

Genau diese Kraft der Bevölkerung fürchten die Herrschenden. Darum haben sie sich – in Anlehnung an Frankreichs Präsident Macron – etwas „Neues“ einfallen lassen mit der Ansage „Wir (die alten Parteien) sind nun ‚Bewegung‘“. Doch genau darin steckt die große Lüge. Sie fürchten nur eines, dass sich die arbeitenden Menschen selbst zu bewegen anfangen.

Ähnlich wie schon jetzt in der FPÖ, täuschen die Etablierten samt ihren „Quereinsteigern“, die ihren neuen „Führern“ folgen müssen, jetzt „Bewegung“ vor. Einziger Sinn dieser „Bewegungs“-Epidemie von oben: die Kraft der Bevölkerung soll erst gar nicht aufkommen, soll wieder kanalisiert werden, nicht als eine Bewegung von unten den Etablierten gefährlich werden. Wir sollen unsere Angelegenheiten nicht selbst in die Hand nehmen.

### **Was es wirklich braucht – eine Bewegung von unten:**

- von den Menschen am Wohnort – zum Beispiel gegen die immer teurer werdenden Mieten
- von den arbeitenden Menschen aus der „Wirtschaft“, d.h. aus Betrieben, Büros und von den vielen so genannten Einpersonenunternehmen (EPU) und sonst irgendwie

Arbeitenden (Prekären, Cloud- und Crowdworkern usw.). Deren Arbeitsdruck steigt und steigt, deren Einkommen reichen oft nicht zum Leben aus und sie sind gezwungen, mehrere Jobs auszuüben. Die großen Firmen hingegen machen hohe Gewinne.

- von den ehrlichen, an der Seite der arbeitenden Menschen stehenden BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen, die noch nicht ganz von der Sozialpartnerschaft angesteckt worden sind, die feststellen müssen, dass die Unternehmerseite gar kein wirkliches Interesse an einer echten Partnerschaft mit der Arbeiterseite hat

Die arbeitenden Menschen brauchen dazu eine neue Organisation, müssen sich dazu neu zusammenfinden.

### Außerparlamentarische,



### solidarische Opposition von unten

Mag es bei den Wahlen dort oben auch neue Gesichter geben, geht es letztlich doch wieder nur darum, uns ihre ewiggestrigen Vorhaben aufzuzwingen.

Die Rechten machen sich jetzt schon in Polizei, Militär, Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und Politik breit und bestimmen die Politik. Sie verbreiten Angst und Schrecken durch Überwachungsstaat, Demokratie- und Sozialabbau im Namen von „Schutz und Sicherheit“ vor Ausländern, Fremden, Flüchtlingen, Arbeitslosen, Bettlern. So lenken sie in Wirklichkeit von den wahren Verursachern ab, von den 1% wirklichen Profiteuren und Absahmern und ihren Helfershelfern in der Politik, die geschützt werden sollen.

Um dem Einhalt zu gebieten, ist es notwendig, dass wir uns selbständig und gemeinsam von unten organisieren und wehren.

Es geht darum, dass die wahren Verursacher von Lohn- und Arbeitsdruck, Arbeitslosigkeit, Mietwucher, Armut, Krieg und Flucht benannt und bekämpft werden:

Dies sind die 1 % wirklich Reichen und Superreichen, die Konzerne, Versicherungen und Banken. Nur dann werden es die Rechten nicht so leicht haben uns gegeneinander auszuspielen.



- Produktivität, Wertschöpfung, Gewinne der Firmen steigen, der Reichtum der wenigen Prozent an Vermögenden ist enorm und verursacht durch die Ungleichheit der Gesellschaft enormen Schaden.
- 1% der Haushalte in Österreich verfügt laut Sozialbericht über gleich viel Vermögen wie die unteren 80 %
- Mehr als vier Fünftel (82,2 %) des gesamten Steueraufkommens entfielen 2016 auf Lohnsteuer, indirekte Steuern und sonstige Massensteuern – die Lohnsteuerreform 2015 ist schon heuer „aufgefressen“, d.h. die Ausbeutung der breiten Masse steigt weiter
- Statt Arbeitszeitverlängerung bei Lohnraub („Flexibilisierung, 12-Stunden-Tag) muss es eine massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich geben
- Schon eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden brächte rund 100.000 neue Arbeitsplätze
- Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten. Daher darf mit einer Besteuerung der Reichen, der Wertschöpfungsbemessung für Steuern und Sozialsystem und der Entlohnung auf Basis der tatsächlichen Wertschöpfung nicht länger zugewartet werden.
- Statt Überwachungsstaat verbrieftes, unbürokratisches Streik- und Demonstrationsrecht
- Solidarwirtschaft für alle, statt Sozialabbau und Profitwirtschaft für einige wenige
- Tatsächliche Neutralität statt direkter und indirekter Teilnahme an den EU- oder NNATO-Aufrüstungsplänen und Militäreinsätzen. \*

Nach dem 15. Oktober droht

**ABVERKAUF!**

von

Gerechtigkeit, Glaubwürdigkeit,  
Gleichheit, Soziale Sicherheit,  
Solidarität, Fairness, ordentliche  
Jobs, Gesichertes Einkommen,  
Gesicherte Pensionen,  
Sozialversicherung, Öffentliche  
Versorgung, OMV, Bahn, Post,  
Telekom, Verbund,  
Unabhängigkeit, Neutralität ...

Ob in der Regierung,  
ob in der Opposition:

**Gegen  
Schwarz-Blau**

hilft nur:

**An den Interessen  
der  
arbeitenden  
Menschen  
orientieren  
statt mit Strache  
koalieren!**



**8 – 8 – 8**

**das haben wir  
vollbracht!**

**NEIN zu 12 Stunden Arbeit am  
Tag – egal in welcher Form!**

**Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf, acht  
Stunden Freizeit – ist ein lang und blutig  
erkämpfter Fortschritt der Arbeiterinnen und  
Arbeiter. Das ist gut für Gesellschaft,  
Gesundheit und Familie! Darum sind wir  
Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gegen  
eine Ausweitung der Arbeitszeit auf 12 Stunden  
am Tag in jeder Form – auch nicht auf Abtausch  
(z.B. gegen eine 6. Urlaubswoche).**

**Wir sind empört:**

Das ist der bisher schärfste Angriff von  
Unternehmer und Regierung auf das  
Arbeitszeitgesetz, auf den gesetzlichen Schutz der  
Arbeiter und Angestellten vor Unternehmerwillkür.  
Wir können, wollen und werden nicht weiter  
zusehen, wie mit fadenscheinigen und teilweise  
bewusst falschen Aussagen in das Leben und die  
Rechte der ArbeitnehmerInnen eingegriffen  
werden soll.

**Wegen den Wahlen vorerst Seitens der  
Wirtschaft nicht durchgesetzt.**

**Aber:**

**Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, daher:**

**UNTERSCHRIFTEN-  
LISTE**

**NEIN zu 12 Stunden am Tag**

**– egal in welcher Form!**

Zum Herunterladen unter:

<http://proSV.akis.at>

## **Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?**

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen  
Region Judenburg in der Steiermark für die Er-  
haltung des Stahlstandortes demonstriert und  
so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung  
der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das  
"Österreichische Solidaritätskomitee" gegrün-  
det, weil der Widerstand gegen die Zusperrer  
und Sanierer im Interesse aller arbeitenden  
Menschen liegt und die Betroffenen nicht al-  
leingelassen werden dürfen.

**Wir sind ein Forum** von Kolleginnen und Kolle-  
gen, die wieder mehr sozialistische Grundsät-  
ze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen  
Arbeit für die Rechte der arbeitenden Men-  
schen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" er-  
hält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen  
und von den Spenden seiner Aktivisten, Abon-  
nenten und Unterstützer.

**Ich möchte die ÖSK-Informationen  
"Solidarität – unsere Chance" beziehen:**

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

**Name:** \_\_\_\_\_

**Adresse:** \_\_\_\_\_

**Telefon:** \_\_\_\_\_

**e-mail:** \_\_\_\_\_

134/17

**Einsenden an:**

**Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,  
1070 Wien, oesolkom@gmx.at**

**Impressum:**

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:  
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur  
Unterstützung der arbeitenden Menschen"  
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

**Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:**

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift  
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-  
reichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstüt-  
zung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070  
Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.  
Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift  
ist die des obgenannten Vereins.

## Neutralität statt Kriegsteilnahme

Österreichs „SP-Verteidigungsminister“ Doskozil wetteifert nicht nur mit Strache, Sobotka und Kurz, wer der „rechtteste“ Flüchtlingsbekämpfer ist. Er zeigt sich als der Hauptbetreiber des Ausbaus des Bundesheeres zu einem Berufsheer für Auslandseinsätze im Zuge der EU unter Führung Deutschlands.

Unter Bruch der Neutralität Österreichs präsentiert sich Doskozil immer mehr als Kriegsvorbereitungs- bzw. Kriegsminister. Am 7. Sept. 2017 gab es ein Treffen der EU-Außen- und Verteidigungsminister in Tallinn. Dort erklärte Doskozil in Übereinstimmung mit Kurz die Teilnahme Österreichs an der SZZ (Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit), d.h. an dem Aufbau eines militärischen Kerneuropas! Das bedeutet unter anderem für Österreich: Militärische Kooperation mit den EU/NATO Staaten, Bereitstellung von Geldern zur Finanzierung von Militärinterventionen, gemeinsame Rüstungsprojekte, Steigerung des Rüstungsbudgets, Aufbau einer EU-Armee. Die Teilnahme an der SZZ ist mit unserer Verfassung (Neutralitätsgesetz) völlig unvereinbar!

Doskozil vertritt wohl die herrschenden Kreise die auch bei uns den Ausbau eines militärischen Komplexes samt einer Militarisierung unseres Staates wünschen. Diese Kreise befürworten die Kriegsteilnahme Österreichs an der Seite von Großmächten für deren geopolitischen Einfluss, für deren Profite. Dass die Herrschenden diesen Kurs verfolgen, zeigt unter anderem mit welchem positiven Echo Doskozil bedacht wird. Der „SP“ler Doskozil ist der Liebling der Medien. Er „kann“ mit Kurz, er „kann“ auch mit der FPÖ und bringt sich unter dem Beifall der Herrschenden schon als Kern-Nachfolger in Stellung. Das wäre ein noch weiterer Rechtsruck der SPÖ.

**Die Beibehaltung der Neutralität wollen 90% der Österreicher!  
Verhindern wir, dass unsere Politik die Neutralität abschafft und uns  
in neue Kriege hineinzieht!**

\*

**26. Oktober 2017**

## TAG DER NEUTRALITÄT

**Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme!**

**Flugblattverteilung**

**ab 9.00Uhr**

Ort:

**Denkmal der Republik**  
1010 Wien, Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
(neben dem Parlament, Richtung Bellaria)

**Wer mitmacht, kontaktiert uns bitte unter: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at)**

### Liebe KollegInnen!

Wir danken für die Zusendungen, Bestellungen und Einzahlungen, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch weiterhin benötigen.

**Mit kollegialen Grüßen**  
**Das ÖSK-Team**

## EINLADUNG

**21. November 2017**

**19.00 Uhr**

## NACH DER WAHL

**Wie geht es weiter?**

### Diskussionsabend

Ort:

Amerlinghaus, Erdgeschoss,  
Großer Saal  
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Kontakt: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at)

\*

## Steuerschulden der Unternehmer: 8 Milliarden Euro

Im Jahr 2016 sind die Steuerschulden der österreichischen Unternehmen um eine halbe Milliarde auf acht Milliarden Euro gestiegen.

2,8 Milliarden Euro davon machen allein die Schulden aus der Umsatzsteuer aus, weitere 1,3 Milliarden entfallen auf Einkommensteuerschulden.

\*

## NEUES

### Spenden-Konto

**Einzahlungen**

mit beiliegendem Zahlschein  
oder per Überweisung

**EmpfängerIn: ÖSK**

**Verwendungszweck: Spende**

**IBAN:**

**AT85 6000 0101 1022 7626**

**BIC: BAWAATWW**